



# MACH DICH STARK MIT UNS

DGB

## **Resolution: Handeln!**

### **Erwartungen des DGB an eine neue Bundesregierung**

Der Wahlkampf ist beendet. Es ist höchste Zeit, dass die gewählten politischen Entscheidungsträger\*innen sich um die wichtigen Probleme der Menschen in diesem Land kümmern.

Unser Land braucht einen Befreiungsschlag und verlässliche Verabredungen für einen klaren Wachstums- und Modernisierungskurs. Er muss ergänzt werden durch Entlastungen der Verbraucher\*innen bei den hohen Energie- und Lebensmittelpreisen und eine gerechte Steuerpolitik, die die Arbeitnehmer\*innen spürbar entlastet, Vermögende stärker in die Pflicht nimmt und damit für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgt. Ohne massive Investitionen in physische und soziale Infrastruktur sowie industrielle Zukunftstechnologien drohen wirtschaftlicher Stillstand und eine weitere schlechende Schwächung unseres Wirtschaftsstandorts. Mit den großen Aufgaben darf der Regelhaushalt nicht überfordert werden. Für mehr Investitionen und eine aktive Infrastruktur- und Standortpolitik ist daher eine nachhaltige Ausweitung des finanziellen Handlungsspielraums durch eine strukturelle und dauerhafte Reform der Schuldenbremse und eine gezielte Vermögensabgabe unerlässlich.

Eine zeitlich begrenzte, konditionierte und vor allem gezielte Wirtschaftsförderung muss wertvolle Standorte und Arbeitsplätze sichern, Resilienz in der Wertschöpfungskette stärken und auf strategische Zukunftstechnologien setzen. Wir brauchen Sofortmaßnahmen für günstigere Energiepreise für die Industrie – und für Verbraucher\*innen. Superabschreibungen und Investitionsprämien belohnen die Unternehmen, die jetzt auch wirklich etwas für Standort, Wachstum und Arbeitsplätze tun. Ansiedlungspolitik und Wachstumskapital für Start-ups können Deutschland zum zentralen Standort für Chipindustrie, Künstliche Intelligenz, Pharma, Batterien oder andere Zukunftstechnologien machen. Allgemeine Klimaschutzverträge sowie Anreize zum Kauf von E-Autos und eine bessere Ladeinfrastruktur bedeuten Fortschritte und Erfolg im sozialen und ökologischen Wandel.

Die Menschen brauchen Sicherheiten in ihren Erwerbsverläufen. Auch für wirtschaftliche Innovation und Stabilität sind Gute und sichere Arbeit die Voraussetzung. Sie gibt es in der Breite nicht ohne eine verbindliche Sozialpartnerschaft. Die von manchen Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden betriebene Abkehr von Tarifbindung und Mitbestimmung höhlt den sozialen Frieden im Land aus und unterläuft die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Im weltweiten Systemkampf zwischen Staatskapitalismus und BigTech-Radikalkapitalismus muss die neue Bundesregierung ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft geben. Deren Kern ist eine funktionierende Sozialpartnerschaft als politischer und gesellschaftlicher Steuerungs- und Verteilungsmechanismus, jenseits des Staates.

Es ist also Zeit für eine Mitbestimmungsoffensive und eine konsequente Tarifwende. Im Strukturwandel und für die Modernisierung des Landes sind gute Beschäftigungsperspektiven und faire Arbeitsbedingungen unverzichtbar. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind auch die Basis für

eine Daseinsvorsorge und verlässliche Sozialversicherungssysteme. Auch deshalb sind fair verhandelte Tarifverträge als Standard für die Beschäftigten ein Zeichen der Stabilität des Landes. Daher muss die neue Bundesregierung einen Nationalen Aktionsplan zur Stärkung der Tarifbindung umsetzen und als erstes schnell ein Bundestariftreuegesetz verabschieden.

Unser Land braucht mehr soziale Gerechtigkeit. Ein leistungsfähiger Sozialstaat ist kein Selbstzweck, sondern für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar und auch eine Standortfrage. Nur mit ihm lassen sich das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen und im Übrigen auch qualifizierte Fachkräfte anwerben. Gerade in Zeiten des Wandels muss sich der Sozialstaat beweisen. Eine stabile Gesundheitsversorgung, eine verlässliche und für die Menschen finanzierbare Pflege, eine dauerhaft verlässliche Rente, eine existenzsichernde Grundsicherung und starke, finanziell besser ausgestattete Kommunen sind unverzichtbar für einen funktionierenden Alltag der Menschen und eine hohe Beschäftigtenquote.

Das beste Mittel gegen das weitere Erstarken der extremen Rechten ist also, die fraglos vorhandenen alltäglichen Probleme zu lösen. Die Menschen brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum, bezahlbare Energie, mehr Kitaplätze, hochwertige Bildungseinrichtungen, eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung, ein sicheres Lebensumfeld und eine funktionierende digitale sowie Verkehrsinfrastruktur. Insbesondere die Handlungsfähigkeit der Kommunen muss daher durch ein ganzes Maßnahmenpaket wiederhergestellt werden. Das gilt für alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und ist eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung in unserem Land.

Genauso klar sagen wir, was unser Land in der jetzigen Situation nicht gebrauchen kann und was die akuten Probleme nicht lösen wird. Das Streikrecht darf auf keinen Fall angegriffen werden. Auch eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes lehnen wir strikt ab. Und eine jahrelange Selbstbeschäftigung beim Umbau von Ministerien und Behörden muss ausgeschlossen werden.

Und was unser Land um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückwerfen würde, wären die Zerschlagung der Bahn, ein weiterer Verkauf von Bundesanteilen wie etwa von Post und Telekom, weiterer Personalabbau im öffentlichen Dienst, eine Erhöhung des Renten- bzw. Pensionsalters oder die Kürzung von Sozialleistungen bzw. die Ausweitung von Eigenleistungen in den Sozialversicherungssystemen.

Deutschland braucht eine handlungsfähige und entschlossene Regierung. Wir stehen vor großen Aufgaben und dürfen keine Zeit verlieren. Nichts anderes, als diese Aufgaben schnell, pragmatisch und sachgemäß anzugehen, erwarten wir von der künftigen Bundesregierung.